

normal!

Zeitschrift des Behindertenbeirates
Finanziert vom Ministerium für Gesundheit und Soziales

Sachsen-Anhalt
des Landes Sachsen-Anhalt
3/2003

Thema: 10. Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen

Lesen Sie hier, was im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen bewegt wurde...

Inhalt

2

Kolumne:

Thomas Witt zum EJMB:
Wenig Feuer - viel Rauch?

3

Aktuelles

In Halle tagte der 10. Runde Tisch für Menschen mit Behinderungen

4

Thema:

Berichte aus den Arbeitsgruppen des Runden Tisches

7

Aktuelles:

Die Elbestadt Roßlau siegt im Wettbewerb um die „Barrierefreie Kommune“

10

Aktuelles:

Schwerbehinderte junge Frau erkämpft sich ihren Weg in ein selbstbestimmtes Leben

12

Aktuelles:

Sehbehinderte Frau erfolgreich integriert



Foto: Torsten Lehmann "Signed"

Ausstellung: „Digitale Kunst und Behinderung - Arts Visuel et Handicap“

Bilder und Videos zum Thema behinderte Menschen. Lesen Sie weiter auf S. 2 ...

Blitzlicht

Wenig Feuer, viel Rauch?

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nun ist es vorüber, das Jahr 2003. Nicht nur kalendarisch ging es mit ihm zu Ende, sondern auch seine Tage als Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen waren gezählt - Grund genug für mich, ein persönliches Resümee zu versuchen.

Was hat sich nun getan in diesem Jahr, das nach dem Willen der Europäischen Union die nichtbehinderte Öffentlichkeit für die Belange behinderter Menschen sensibilisieren und einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einem gleichberechtigten Leben miteinander darstellen sollte?

Da gab es zum einen die nationale Eröffnungsveranstaltung in Magdeburg. Wer seinerzeit dabei war, erinnert sich noch daran, wie hoch die Wellen an jenem Tag schlugen - und wie schnell sie wieder verebten. Nach wenigen Tagen lag die Wasserfläche, wenn ich einmal diese Metapher verwenden darf, bereits nur noch wenig gekräuselt da.

Da waren zum anderen die vielen Veranstaltungen der Verbände und Vereine, die, zum Teil mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union, aus Anlaß des Europäischen Jahres durchgeführt wurden. Es waren, so habe ich erfahren, wesentlich mehr Aktionen als in den vorangegangenen Jahren, aber: Wen haben sie erreicht? Fühlte sich die breite Öffentlichkeit angesprochen, oder war man überwiegend „unter sich“? Ich neige letzterem zu.

Auch die Landesregierung stand nicht abseits. Sie bemühte sich, die Belange behinderter Menschen stärker in die Arbeit der einzelnen Ressorts einfließen zu lassen und richtete auch einzelne spezielle Veranstaltungen aus - unter anderem den

„Tag der Begegnung“ in meinem eigenen Hause, der von allen Beteiligten einhellig gelobt wurde. Doch beim näheren Hinschauen konnte nicht verborgen bleiben, daß auch hier nichtbehinderte Menschen eindeutig in der Minderzahl waren.

Zwangsläufig stellt sich daher die Frage, wie das Europäische Jahr seinen Zielvorstellungen gerecht werden soll, wenn es aus meiner Sicht überwiegend nicht gelungen ist, nichtbehinderte Menschen dafür zu interessieren und an die Problematik heranzuführen. Ich denke, der Erfolg dieses Jahres wird nicht daran gemessen werden können, was alles in den letzten Monaten veranstaltet worden ist. Ich betrachte dieses Jahr nicht als Maß aller Dinge, sondern eher als Beginn einer langwierigen Sensibilisierungsoffensive. Vor diesem Hintergrund tat es gut zu hören, wie Minister Kley in einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales ausführte, die Landesregierung werde die Ziele des Europäischen Jahres nicht etwa mit Ablauf des 31. Dezember 2003 zu den Akten legen, sondern im Gegenteil auch in den kommenden Jahren ihre Sozialpolitik von den Belangen behinderter Menschen leiten lassen.

Dies scheint mir ein vielversprechender Anfang zu sein. Ohne ihn wäre das Europäische Jahr nicht einmal ein Feuer, das mit kleinen Flammen viel Rauch produziert hat. Alles was bliebe, wären Nebelschwaden.

Ihnen allen und Ihren Familien wünscht ein wirklich gutes neues Jahr 2004



Thomas Witt,
Landesbehindertenbeauftragter

2

... Ausstellung

Am 17. November 2003, 19 Uhr, wurde in der „AOK-Galerie“ in Magdeburg (Zanderaal) die letzte Ausstellung in diesem Jahr eröffnet. Unter dem Titel „Digitale Kunst und Behinderung – Arts Visuel et Handicap“ werden Ausschnitte eines trinationalen Video- und Fotoprojektes gezeigt. Franzosen, Ungarn und Deutsche haben im Sommer und Herbst 2002 die

digitalen Möglichkeiten von Foto und Video genutzt, um das Thema Behinderung und den Umgang damit aus ihrer Sicht bildlich festzuhalten.

Neben der Verständigung in verschiedenen Sprachen waren auch die Zugangsvoraussetzungen der Projektteilnehmer ganz unterschiedlich. So haben Behinderte, Nichtbehinderte, Künstler, Laien und Technikbegeisterte ihre Eindrücke zur

Thematik Behinderung ins Bild gerückt. Von dieser Spannung lebte die Entstehungsphase, und diese Spannung ist auch in den Bildern wiederzufinden.

Die Ausstellung wurde im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung 2003 bereits in verschiedenen Orten Europas gezeigt. Stationen waren unter anderem Clermont-Ferrand, Paris, Budapest, Arras und Halle/Saale. Mit Hilfe der

Hintergrund

Der Runde Tisch für Menschen mit Behinderung wurde 1994 gegründet. Er kommt jährlich zusammen. Neben dem Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen und dem Behindertenbeirat Sachsen-Anhalts sind Landesverbände vertreten. Die Beteiligten setzen sich insbesondere mit den Themen Integration Behinderter in die Arbeitswelt, Wohnumfeld und Infrastruktur sowie Rehabilitation auseinander. Zu den einzelnen Themenfeldern sind vier Arbeitsgruppen tätig.

T h e m a

Erfolg für die Seestadt

Beim Bundeswettbewerb „Willkommen im Urlaub – Familienzeit ohne Barrieren“ wurde das Integrationsdorf Arendsee (IDA) kürzlich in Berlin mit dem Bundespreis in Bronze ausgezeichnet. Dabei wurde das freizeitpädagogische Konzept gewürdigt, das auf Familien, Alleinerziehende, Gruppen und Schulklassen zugeschnitten ist und Urlaub für Menschen mit und ohne Handicap ermöglicht. Auch die Stadt Arendsee sowie das Kinder- und Jugenderholungszentrum (KiEZ) erhielten als Anerkennung Urkunden. Insgesamt beteiligten sich 82 touristische Orte und Ferieneinrichtungen an dem deutschlandweiten Wettbewerb.

Ausstellung sollen die Diskussion über das Thema Behinderung belebt und möglichst viele Menschen mit den vielfältigen Antworten konfrontiert werden.

Eröffnet wurde die Ausstellung durch Günter Kasten, Vorstandsvorsitzender der AOK Sachsen-Anhalt. Laurence Lochu-Louineau, Beauftragte für kulturelle Angelegenheiten Frankreich/Sachsen-Anhalt, Staatskanzlei Sachsen-Anhalt, sprach ein Grußwort und Torsten Lehmann, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V. übernahm die künstlerische Einführung. Die Vernissage wurde von der Saxophonistin Monika Rammelt musikalisch begleitet. Und auch diesmal gab es wieder eine schon zur Tradition gewordene amerikanische Versteigerung zugunsten des Allgemeinen Behindertenverbandes in Sachsen-Anhalt e.V. Dabei versteigerte Rainer Mette, Schauspieler, ein Bild der Künstlerin Maryline Guigoux.

Die Ausstellung kann noch bis 30. Januar 2004 zu folgenden Öffnungszeiten besichtigt werden: Montags bis donnerstags, 8 Uhr bis 18 Uhr, und freitags, 8 Uhr bis 16 Uhr.

Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen (EJMB) hat die Öffentlichkeit für die Anliegen und Probleme Behinderter

stärker sensibilisiert. Dieses Fazit zog Sozialminister Gerry Kley zum Auftakt des Zehnten Runden Tisches für Menschen mit Behinderung, der im November in Halle stattgefunden hat.

Kley räumte zugleich ein, dass nur schwer beurteilt werden könne, inwieweit es tatsächlich gelungen ist, nicht behinderte Menschen für die Belange Behinderter zu interessieren. „Aber die Vielzahl von Veranstaltungen, über die auch in den Medien berichtet wurde, waren Orte der Begegnung und Anlass für Gespräche. Sie boten Chancen, um Befindlichkeiten kennen zu lernen und den Alltag gemeinsam immer besser gestalten zu können.“

Der Minister verwies dabei auf die nationale Auftaktveranstaltung zum EJMB in Magdeburg, auf die Ehrung engagierter Frauen und Mädchen mit Behinderung zum Internationalen Frauentag oder auf das „Fest der Begegnung“ im Sozialministerium, das im kommenden Jahr seine Fortsetzung finden soll.

Kley hob hervor, dass die Landesregierung in diesem Jahr die Job-Initiative für ältere Schwerbehinderte und Alleinerziehende um fünf Millionen Euro aufgestockt habe. „Die berufliche Integration ist für behinderte Menschen der Dreh- und Angelpunkt, wenn es um eine aktive Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung geht. Mit diesem Sonderprogramm schaffen wir Anreize für Firmen, behinderten Frauen und Männern Chancen zu eröffnen. Die Verlängerung des Programmes um drei weitere Jahre zeigt, dass uns die Schaffung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen auch über das Eu-

Minister Kley: Das EJMB hat sensibilisiert, doch es bleiben noch Barrieren

ropäische Jahr hinaus am Herzen liegt“, so Kley.

„Für ein gleichberechtigtes Miteinander müssen wir noch viele Barrieren überwinden“, sagte der Minister weiter, „äußere Barrieren, aber auch Barrieren in den Köpfen. Dabei können Projekte Zeichen setzen und Impulse geben.“ Er nannte den Wettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ oder die Broschüre „Tourismus für Alle“, die in diesem Jahr vom Wirtschafts- und Sozialministerium als Standortbestimmung zum barrierefreien Tourismus herausgegeben wurde. Auch die barrierefreie Gestaltung von Internetportalen, so des Kinderportals www.kinderministerium.de oder die finanzielle Beteiligung des Landes am barrierefreien Umbau von Sportstätten, wie dem Halberstädter Friedensstadion, würden dazu einen Beitrag leisten.

Abschließend dankte der Minister den am Runden Tisch Beteiligten für ihr ehrenamtliches Engagement. Das Gremium sei Ausdruck der Bereitschaft der Betroffenen, sich einzumischen, mitzuwirken und sich als gleichberechtigte Partner in die politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozesse einzubringen.



Thema

Bevor die Vorsitzende der AG Rehabilitation und Integration, Dr. Jutta Hildebrand, zum eigentlichen Arbeitsbericht kam, hob sie die Bedeutung des Runden Tisches als ein hervorragendes Arbeitsgremium her-

behinderter Frauen in Sachsen-Anhalt, zu dem die Landtagsfraktion der PDS eingeladen hatte, durchgeführt wurde.

In Auswertung der Diskussion über die Ermittlung des Hilfebedarfs und über die

Die Besichtigung der Werkstatt für behinderte Menschen zeigte ein weiteres Problem auf, das aber nicht nur in Sachsen-Anhalt vorherrscht: die Überbelegung der Werkstätten. „Hier muss Abhilfe geschaffen werden.“

In der Februar-Sitzung wurden die Fragen der persönlichen Assistenz und des persönlichen Budgets sowie der Arbeitsassistenz diskutiert. Referent war Jörg Schulz, Mitbegründer des „Forum Selbstbestimmte Assistenz“ (ForseA) und Mitarbeiter der BAG Unterstützte Beschäftigung.

Zur gegenwärtigen Umsetzung des Rechtsanspruches auf Arbeitsassistenz informierte Schulz über die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen. Folgende Daten speziell für das Bundesland Sachsen-Anhalt wurden genannt:

Zwischen Oktober 2000 und Juni 2002 wurden lt. der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellten 32 Anträge auf Arbeitsassistenz gestellt. Damit liegt Sachsen-Anhalt mit den Bundesländern Schleswig-Holstein und Bremen an letzter Stelle. Bundesweit wurden 8901 Anträge gestellt.

In Sachsen-Anhalt wurden 15 Anträge zur selbst organisierten Assistenz und 17 Anträge zur arbeitgeberorganisierten Assistenz gestellt. Zum Vergleich: Bundesweite Antragstellung ergab 637 selbst organisierte Assistenzanträge und 8264 arbeitgeberorganisierte Assistenzanträge.

Eine bundesweite Zuordnung von Arbeitsassistenz zu bestimmten Behinderungsformen war nicht aussagekräftig, da der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter zu 7565 Personen keine Angaben zur Behinderung vorlagen.

Für das EJMB hatte sich die AG vorgenommen, sich mit der spezifischen Benachteiligung behinderter Frauen zu beschäftigen. Daher nahmen die Mitglieder der AG am Workshop zur Lebenssituation

AG Rehabilitation und Integration:

Nicht aufgeben und sich immer wieder einmischen



vor, mit dem für die Behindertenbewegung sehr viele konkrete Erfolge erzielt werden konnten.

Im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen habe es mehrere

beachtenswerte Veranstaltungen gegeben, die dennoch nur wenig

Außenwirkung erzielen konnten. „Auf den meisten dieser Veranstaltungen waren wir

unter uns.“, sagte Frau Dr. Hildebrand und stellte fest, dass „gravierende Fortschritte in der Integration behinderter Menschen in die Gesellschaft und bei deren Sensibilisierung für unsere Forderungen unserer Sicht nicht erreicht worden sind.“

In den nächsten Jahren werde zu prüfen sein, wie ernst die Politiker ihre schönen Versprechen und Worte über Selbstbestimmung und Teilhabe gemeint haben und ob die Aufmerksamkeit anhält. Die Gesetzespakete Hartz III und Hartz IV mit der Einordnung des BSHG in ein neues SGB XII ließen jedenfalls für behinderte Menschen und ihre Angehörigen nichts Gutes erwarten.

Zur Arbeit der AG berichtete Frau Dr. Hildebrand von vier Arbeitsgruppentreffen, wobei das vierte im Zusammenhang mit dem Workshop zur Lebenssituation

stationäre und teilstationäre Betreuung behinderter Menschen auf der Beratung des Runden Tisches im letzten Jahr besuchte die AG im November 2002 die Werkstatt für behinderte Menschen der Lebenshilfe-Werk Magdeburg gGmbH. Auf der Tagesordnung stand die Entwicklung von bedarfsgerechten Betreuungsstrukturen im Land und deren Finanzierung.

Mit Herrn Gericke stellte sich ein kompetenter Vertreter der Fachabteilung des Ministeriums für Gesundheit und Soziales den Fragen der AG zu dieser Thematik. Die Mitglieder der AG bedauerten, dass es in Sachsen-Anhalt noch immer nicht gelungen sei, die Kommunen in die Hilfebedarfsermittlung einzubeziehen. Damit werde eine große Gruppe behinderter Menschen im Lande bei der Gestaltung von Hilfestrukturen nicht bedarfsgerecht berücksichtigt. „Wir erwarten, dass die Betreuungs- und Hilfestrukturen sich vorrangig an den individuellen Bedürfnissen der behinderten Menschen orientieren und nicht nur der Betreuungsbedarf im stationären/teilstationären sondern auch im ambulanten Bereich ermittelt und dann natürlich auch abgedeckt wird“, so Frau Dr. Hildebrand stellvertretend für die AG. Dazu seien vor allem auch die Kommunen gefordert und die Unterstützung der kommunalen Behindertenbeauftragten erforderlich.

behinderter Frauen in Sachsen-Anhalt teil. Im frisch sanierten und barrierefrei erreichbaren Speisesaal des Landtages erlebten sie eine gut organisierte und sehr informative Veranstaltung.

Aus dieser Veranstaltung nahm die Arbeitsgruppe den Impuls mit, sich künftig in der AG Rehabilitation und Integration regelmäßig mit spezifischen Problemen behinderter Frauen zu befassen und den Aufbau eines Netzwerkes behinderter Frauen in Sachsen-Anhalt unterstützen. Dabei sollten betroffene Frauen selbst die Akteurinnen sein. In diesem Zusammenhang appellierte die AG an alle Gremien im Land, die Belange behinderter Menschen immer gleich mitzudenken.

Die letzte Sitzung der AG widmete sich der Information über die Auswirkungen der laufenden Gesetzesverfahren auf Bundesebene auf behinderte Menschen.

Bereits beschlossen sei das Gesundheitssystemmodernisierungsgesetz, das erhebliche finanzielle Belastungen für die meisten hier Anwesenden bringen werde. Sei es die Praxisgebühr, seien es die Zahlungen zu Medikamenten oder zu Heil-

und Hilfsmitteln. Trotz Befreiungsmöglichkeiten habe jeder erst mal im Jahr 1 bzw. 2 % des Bruttohaushaltseinkommens zu zahlen.

Noch im parlamentarischen Verfahren befänden sich die Gesetzespakete zu Hartz III und IV. Dazu gehöre neben Regelungen zum Arbeitslosengeld (u. a. Verkürzung der Bezugsdauer) und zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum ALG II auch die Änderung des Sozialhilferechts durch ein Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (SGB XII). Diese Gesetze wurden vom Bundesrat in den Vermittlungsausschuss überwiesen. Allerdings nicht mit der Option, die rigorosen Leistungseinschränkungen zurückzunehmen, sondern sie noch zu verschärfen.

Ein weiterer Gesetzesbereich, der uns betrifft, ist die Änderung des Betreuungsrechts. Hier sind nicht nur Kosteneinsparungen bei der Bezahlung der Berufsbetreuer und der Finanzierung der Querschnittsaufgaben der Betreuungsvereine vorgesehen, sondern auch einige Regelungen, die den Rechtsschutz für auf Be-

treuung angewiesene Menschen zumindest gefährdet. Was auf den ersten Blick als Entbürokratisierung daher kommen kann, ist bei näherer Betrachtung ein Einfallstor für Missachtung des Willens Betroffener, für unkontrollierte Vertretung. Auch diese Gesetzgebung erfolge still und von der Öffentlichkeit unbeachtet.

„Ich denke, wir werden im nächsten Jahr viel zu diskutieren haben“, stellte Dr. Hildebrand abschließend fest, wobei sie den Erfolg dieser Diskussionen aus Erfahrung anzweifelte: „Bisher wurden die Bedenken und Einwände der Fachverbände und vieler Experten ignoriert. Grundlegende Gesetze werden sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene im Schweinsgalopp verabschiedet. Das ist für uns sehr bitter, hatten wir doch in den letzten Jahren so manchen Erfolg hinsichtlich unserer Mitwirkung bei gesellschaftlichen Prozessen und in der Gesetzgebung erreicht und geglaubt, wir würden ernst genommen.“

Doch wir werden trotzdem nicht aufgeben und uns immer wieder einmischen!“

AG Öffentlichkeitsarbeit

Medien grenzen Behinderte immer noch aus

Im Mittelpunkt der vier Beratungen der AG stand das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 und seine Wahrnehmung. In Arbeitsbericht zieht die AG folgendes Resümee:

Das EJMB

Das EJMB löste in Sachsen-Anhalt eine Vielzahl der unterschiedlichsten Aktivitäten aus, die zumeist von Verbänden und Vereinen, Kommunen, Landkreisen, Beauftragten, politischen Parteien bzw.

vom Land selbst getragen wurden. Fast überall standen die Aktionen im Schatten der Zwänge leerer Kassen, was der Größenordnung der Veranstaltungen und ihrer öffentlichen Ausstrahlung enge Grenzen setzte.

Das Medienecho und damit die öffentliche Wahrnehmung des EJMB und aller Veranstaltung erwiesen sich als unzureichend, auch wenn es in der regionalen Presse und im regionalen Rundfunk zunächst recht umfangreich thematisiert wurde. Das Fernsehen widmete sich dem

Thema weniger. Konterkariert wurde das Anliegen des EJMB, also die Verbesserung der Gleichstellung und der Teilnahmemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen, durch zuwider laufende politische Entwicklungen. Erinnerung sei an die Kürzung des Landesblindengeldes. Spätestens seit der verstärkten Debatte zur „Reformierung“ aller grundlegenden sozialen Sicherungssysteme seit Mitte des Jahres traten die Probleme und Forderungen von Menschen mit Behinderungen in der öffentlichen Diskussion fast

Die Arbeitsgruppe befasste sich u.a. noch mit

- der ungeklärten Betreuungssituation von SchülerInnen von Schulen für geistig Behinderte in den Nachmittagsstunden und in den Ferien.
- der Sicherung des Fortbestandes der Beratungsstellen für Sinnesbehinderte,
- der Betreuung von behinderten Strafgefangenen,
- und der Sicherstellung von Dolmetscherleistungen in Gebärdensprache und der Qualitätssicherung bzw. Qualifizierung auf diesem Gebiet

T h e m a

völlig in den Hintergrund, etwa die Forderung nach der Berücksichtigung von behinderten Menschen in einem zu schaffenden Antidiskriminierungs-

gesetz.

Für viele Betroffene steht die Sorge um die soziale Existenz und die Angst vor tiefgreifenden Einschnitten im Vordergrund, zumal die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei den Reformen auf dem Arbeitsmarkt und in der Kranken- und Rentenversicherung ins Abseits zu geraten drohen. Insgesamt bleibt wohl für viele Betroffene und in der Behindertenhilfe bzw. der Interessenvertretung engagierte Menschen ein eher ambivalentes Gefühl, wenn sie das Europäische

6

Jahr resümieren.

Zur Verwaltungsreform

Kritisch sieht die AG die geplante Eingliederung des Landesamtes und der beiden Ämter für Versorgung und Soziales in das künftige Landesverwaltungsamt. Es wird befürchtet, dass eine bürger- und ortsnahe Bearbeitung der Anliegen von Menschen mit Behinderungen und der Träger von Einrichtungen, Projekten und Angeboten nicht mehr wie gewohnt möglich sein wird und der soziale Bereich eine untergeordnete Rolle innerhalb einer dem Innenministerium unterstehenden Mammut-Behörde spielen wird. Zumindest sollten eigenständige Außenstellen an den bisherigen Standorten der Ämter für Versorgung und Soziales erhalten bleiben

und die Sprechtag in Landkreisen und Kommunen fortgeführt werden. Der ebenfalls diskutierte Vorschlag, eine „Sozialagentur“ in Form einer privatrechtlichen GmbH zu bilden, ist aus Sicht der AG abzulehnen, da nicht nachzuvollziehen ist, wie eine solches Unternehmen einer demokratischen rechtsstaatlichen Kontrolle unterzogen werden soll. Auch das Integrationsamt und seine Außenstelle in Magdeburg dürfen nach unserem Verständnis nicht in einem Verwaltungsmoloch untergehen, weil das Integrationsamt künftig eine größere Rolle bei der Vermittlung behinderter Arbeitssuchender spielen soll.

Was die Zuständigkeiten für den stationären und ambulanten Bereich betrifft, hätte sich die AG die Bündelung dieser Verantwortlichkeiten auf der Ebene der Kommunen bzw. Landkreise gewünscht, statt sie noch mehr zu zentralisieren. Wie soll künftig ein Sachbearbeiter in Halle die optimale fallspezifische Betreuung und Unterbringung behinderter Menschen etwa im Landkreis Stendal beurteilen und entscheiden können?

Öffentlichkeitsarbeit, Internetangebot und „Normal“

Die Informationsangebote für Menschen mit Behinderungen haben sich in Sachsen-Anhalt dahingehend verbessert, dass die Internet-Präsentation des Landes und vieler Kommunen jetzt barrierefrei gestaltet wurden und relevante Seiten besser zu finden sind.

Die AG regt noch einmal an, auch in Sachsen-Anhalt Verordnungen zu Fragen der Barrierefreiheit von Informationsangeboten, schriftlichen Informationen und Bescheiden sowie zur Anwendung der Gebärdensprache im Umgang mit Behörden zu erlassen, die das Landesgleichstellungsgesetz in diesen Fragen konkretisieren.

Die Zeitschrift „normal!“ hat seit dem 9.

Runden Tisch an inhaltlicher und gestalterischer Qualität gewonnen. Sie sollte nicht nur unter den Betroffenen verteilt werden. Ferner wird vorgeschlagen, einen elektronischen Newsletter zu etablieren, mit dem Informationen des Beauftragten bzw. des Beirats, aber auch „normal!“-Beiträge und Protokolle der Arbeitsgruppen zeitnah verschickt werden und möglichst schnell und weit gestreut werden könnten. Die Anregung, eine Audio-Version von „normal!“ für Blinde und Sehbehinderte zu erstellen, ist bisher nicht umgesetzt worden.

AG Behinderte Menschen und Arbeitswelt

In ihren Beratungen stellten die Mitglieder der Arbeitsgruppe fest, dass die mangelhafte Information der Unternehmer eine Einstellung behinderter Menschen erschwere. Allerdings sei die Bereitschaft, sich mit diesem Thema differenziert zu befassen, unter den Selbständigen sehr gering. Dies sei ein guter Ansatzpunkt für eine PR-Kampagne, hieß es im Arbeitsbericht. Die Arbeitsgruppenmitglieder könnten sich vorstellen, dass namhafte Wirtschaftsunternehmen mit gutem Beispiel vorangehen und eine Integrationsabteilung in ihrem Betrieb einrichten sollten. Oder solche Wirtschaftsunternehmen könnten Pate eines Integrationsbetriebes oder eines Unternehmens sein, das von Anbeginn darauf ausgerichtet ist, Bestmarken im Rating aufzustellen. „Die guten wirtschaftlichen Ergebnisse“, heißt es im Bericht der AG, „müssten dann im Zusammenhang mit den unternehmensnahen Einrichtungen publiziert werden. Nichts weckt mehr Neugier, als ein erfolgreiches Geschäftsmodell.“

Die AG setzte sich in ihren Beratungen vor allem mit der baulichen Barrierefreiheit auseinander. Dafür hat sich im Land eine Menge getan, vieles liegt aber noch im Argen.

Am Wettbewerb „Barrierefreie Kommune“ beteiligten sich in diesem Jahr elf Kommunen von 44. Die Arbeitsgruppenmitglieder hoffen, dass dieser Wettbewerb weitergeführt wird und andere Städte sich dem Gesamtziel anschließen. Ein Kritikpunkt ist, dass die Förderrichtlinie „Wohnungsanpassung“ nicht mehr im Haushalt des Landes verankert ist.

Der Verband der Wohnungswirtschaft, der Verband der Wohnungsgenossenschaften sowie die WSA Wohnungswirtschaftliche Treuhand Sachsen-Anhalt GmbH haben erkannt, dass das Thema „Barrierefreies Wohnen“ ein wichtiger und zukunftsorientierter Marktfaktor in der Wohnungswirtschaft ist. Die Orientierung am tatsächlichen Bedarf ist der richtige Weg, denn wer barrierefrei wohnt, bleibt länger im gewohnten Umfeld.

Positiv ist, dass es in der Staatlichen Wohnungsbau GmbH Schönebeck direkt eine Beauftragte für Senioren und Behinderte gibt, die die Belange beim Umbau einer Wohnung steuert und die notwendigen passenden Ausstattungen mit den zukünftigen Mietern organisiert.

Das Thema Tourismus

und Freizeit für Menschen mit Behinderungen ist schon mehrere Jahre Gegenstand der Arbeit der Arbeitsgruppenmitglieder. Für Menschen mit Behinderung besteht touristisch gesehen noch viel Nachholbedarf.

Das am Jahresanfang vorgestellte „Handbuch barrierefreier Tourismus in Sachsen-Anhalt“ weckte Hoffnungen. Ebenso ist diese Broschüre viel zu wenig bekannt. Leider konnte auch nicht bemerkt werden, dass die Wirtschaft auf

AG Wohnen, Wohnumfeld und Infrastruktur

Zu wenig touristische Angebote für behinderte Menschen

die Bedürfnisse behinderter Menschen reagierte, obwohl Menschen mit Behinderungen zusammen mit Familie bzw. Begleitpersonen ein nicht unerhebliches Wirtschaftsvolumen darstellen. Veranstaltungen der Architektenkammer, der LMG, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des ABiSA zeigen Bemühungen, aber auch das geringe Interesse der Branche. Am bundesweiten Wettbewerb des Bundesfamilienministeriums zum Barrierefreien Tourismus z. B. hatten sich nur fünf Hotels aus ganz Sachsen-Anhalt beteiligt.

Die Arbeitsgruppe vermisste auf dem Tourismussektor fördernde Impulse seitens der Landesregierung.

Sachkenntnis gefragt

Im Zusammenhang mit der Landesgartenschau Zeitz 2004 bat der Ausrichter die Arbeitsgruppe, das Ausstellungskonzept auf Barrierefreiheit zu prüfen. Die Unterlagen wurden fachlich geprüft. Am 18. Juli 2003 wurde eine Stellungnahme der AG Wohnen, Wohnumfeld und Infrastruktur nach Zeitz übergeben. Bis dato gibt es allerdings keine Resonanz.

Erfreut stellte die AG fest, dass die Mitarbeit der Martin-Luther-Universität Halle, Bereich Kunst und Design, Burg Giebichenstein Halle, und der Hochschule Magdeburg, Bereich SOLI, welche das Projekt „PIA“ mit weiteren zwölf Studenten bearbeitet in der Arbeitsgruppe eine echte Bereicherung ist. So bearbeitete ein Student der Burg Giebichenstein, das Thema „Innovatives Leitsystem für Blinde und Sehbehinderte in öffentlichen Gebäuden“. Die Repräsentation hat alle beeindruckt. Dieses Projekt wird von der AG

weiter begleitet, um es in die Wirtschaft einführen zu können.

Desweiteren wurden Studenten beauftragt, den Umbau einer ehemaligen Kindertagesstätte zur barrierefreien Schule zu planen. Die Planungsprojekte betreffen die Körperbehindertenschule „Muldeaublick“ in Dessau. Ein Projekt hatte den Leitgedanken „Was bedeutet eigentlich Unterricht? Wie kann man Unterricht freier gestalten?“ Das Projekt 2 hatte den Leitgedanken „Ganz normal“. Beide Projekte, unabhängig voneinander bearbeitet, trafen sich in den Grundzügen wieder. Sie liegen als Konzept vor und werden im Detail weitergeführt. Sie wurden der Stadt Dessau vorgestellt und für gut befunden. Es wird geprüft, inwieweit eine Umsetzung über das Programm „Barrierefreie Kommune“ möglich ist. Eine schrittweise Umsetzung würde nach ersten Kostenschätzungen sechs Millionen Euro betragen.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass ein Arbeitsgruppenmitglied durch das Deutsche Kinderhilfswerk für seine Spielraumplanung mit der „Goldenen Göre“ ausgezeichnet wurde.

Gemeinsame Fachtagung

Die AG hat sich vorgenommen, jedes Jahr eine gemeinsame Fachtagung „Barrierefreies Planen und Bauen“ in Dessau durchzuführen.

2004 findet sie in Osterburg statt.

Aktuelles

Neue Technik lässt Blinde mehr Hürden erkennen

Elektronisch aufgerüstete Blindenstöcke sollen die Benutzer in Zukunft auch vor Hindernissen schützen, die mit dem herkömmlichen Stab nicht zu erfassen waren. Das Gesundheitsmagazin „Apotheken Umschau“ berichtet über verschiedene Entwicklungen, bei denen Laser- oder Ultraschall-Sonden den Nahbereich um den Blinden herum bis in Kopfhöhe abtasten und über Vibrationsmelder Hindernisse ankündigen, die bisher stets zu spät erkannt wurden.



Jeder hat irgendwann mal ein kleines oder größeres Bedürfnis - So sieht Ralf Düring das leidige Thema „öffentliche Bedürfnisanstalt“.



Interessantes in der „Partizip“

Hannover (kobinet) PARTIZIP, die illustrierte rund um das Thema Behinderung blickt in ihrer neuesten Ausgabe zurück auf die 70er und 80er Jahre. Neben einer allgemeinen Zeittafel geht es hierbei natürlich vor allem um einen Rückblick auf Deutschlands Behindertenbewegung.

Einen weiteren Rückblick gibt es auf fünf Jahre Gespräche mit Prominenten,

denn PARTIZIP feierte dieser Tage ihren fünfjährigen Geburtstag.

Weitere Themen sind u.a. die Hilfsaktion für Afrika mit Herbert Grönemeyer, ein Städtetest, Bodybuilding im Rollstuhl, ein paar Tipps, wie es gut durch den Winter geht, und schließlich wird die Frage gestellt, ob man über Behinderte lachen darf.

Mobil trotz Handicap - Neue Broschüre der Deutschen Bahn

Frankfurt a.M. (kobinet) Die demnächst an den Fahrkartenschaltern erhältliche neue Broschüre für behinderte Menschen bietet umfassende Informationen für Menschen mit Handicap an. Erklärtes Ziel der Deutschen Bahn AG ist es, das Reisen für alle mobilitätseingeschränkten Menschen komfortabler zu gestalten, ihnen die Reiseabwicklung zu vereinfachen, Hilfestellungen und Serviceleistungen anzubieten, die sie «mobil» machen und damit das Reisen für sie attraktiver zu gestalten.

Durch einen intensiven Dialog mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, den Behindertendachverbänden und mit unserem Kooperationspartner, dem Deutschen Behinderten-Sportverband, tauschen wir Erfahrungen und Gedanken aus und legen wichtige Grundsteine für eine permanente Weiterentwicklung unserer Servicebausteine auf dem Weg zu unserer Vision des «barrierefreien Reisens». Weitere Informationen erhalten Sie unter

www.bahn.de,
Suchwort: Reisen mit Handicap

Behindertenbeirat im Burgenlandkreis neu formiert

Naumburg. Der ehrenamtliche Behindertenbeirat des Burgenlandkreises hat sich neu formiert und gleichzeitig über eine veränderte Geschäftsordnung abgestimmt. Anstelle des bisherigen Sprecherrates gibt es nun einen Vorsitzenden, dem zwei Stellvertreter mit konkreten

Aufgaben zur Seite stehen. Vierzehn Selbsthilfegruppen, Verbände und Vereine sind im Beirat vertreten, repräsentieren damit rund 800 behinderte Menschen. Um deren Interessen differenziert vertreten zu können, war die Neufassung der Geschäftsordnung notwendig geworden.

Jetzt können auch engagierte Mitglieder mit einer Einzelmitgliedschaft im Beirat mitwirken. Zum Vorsitzenden des Beirates wurde Uwe Hartmann aus Bad Kösen gewählt. Erstmals ist der Behindertenbeirat mit Ansprechpartnern in vier Kreistagsausschüssen vertreten.

Ohne Bordsteinkanten quer durch die Stadt – Rosslau siegt im Landeswettbewerb „Barrierefreie Kommune“



In Magdeburg wurden im Dezember die Sieger im Landeswettbewerb „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“ geehrt. Elf Städte hatten sich beteiligt. In Halle. Eine nur kurze Luftlinie, aber derzeit motorisiert nur über Ecken, Winkel und Einbahnstraßen zu erreichen und zu Fuß im straffen 15-Minuten-Marsch. Ein Glücksfall für das Projekt ist der Abriss des alten Stadtpflegebetriebes. Diese Baulücke soll offen bleiben, begrünt werden und als direkte Passage zwischen Neubaugebiet und Altstadt dienen. Damit schaffen die Stadtplaner um Boris Krmela zugleich grüne Sitzecken als Treffpunkte für die Bürger. Die „Neue Fuge“ folgt auf der gesamten Strecke einem einheitlichen, bordsteinlosen Wegesystem und einem Symbol auf den Gehwegplatten: Ein Rollstuhl weist in Rosslau künftig den barrierefreien Weg.

Die Stadt Rosslau erhielt den ersten Preis.

Am Tag der Siegerehrung war Bürgermeister Klemens Koschig eigentlich bei den Senioren der Stadt eingeladen, doch die Rosslauer Rentner mussten sich gedulden. Koschig kam erst verspätet zur großen Senioren-Weihnachtsfeier. Aber dafür brachte er eine gute Nachricht mit. Die Stadt im Kreis Anhalt-Zerbst hatte mit ihrem Wettbewerbsbeitrag den ersten Preis gewonnen und damit Aussicht auf eine halbe Million Euro aus dem Topf „Stadtumbau Ost“. Diese Mittel sollen in den Bau der so genannten Neuen Fuge investiert werden und damit besonders älteren und behinderten Menschen zugute kommen. Denn es geht um die Entstehung einer direkten und barrierefreien Verbindung zwischen dem Rosslauer Norden und dem Zentrum der Elbestadt.

Viele Ecken und Winkel

Das Modell sieht eine hindernisfreie Passage vom Alten- und Pflegeheim über das Neubaugebiet zum Wochenmarkt in der Altstadt vor bis hin zum kulturellen Herzen der Kleinstadt, der Elbe-Rossel-

„Nichts über uns ohne uns“ – diesem Leitgedanken im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen folgte die Stadt bei der Projekterarbeitung. Der erste Entwurf passierte im Sommer nicht nur die politischen Gremien, sondern wurde auch dem Rosslauer Seniorenbeirat und dem Behindertenverband vorgestellt. Es gab Änderungsvorschläge – wie zur Installation von Rufanlagen an Geschäften, deren Zugang nicht barrierefrei und ebenerdig ist – und Zustimmung für das Projekt.

Lob für Zusammenarbeit

Nun ist Bürgermeister Koschig überglücklich: „Ich sehe in dem ersten Preis nicht nur das Lob für ein einzelnes Konzept, sondern auch die Anerkennung für das in den letzten zehn Jahren zusammen mit dem Behindertenverband schon Erreichte.“

(Silvia Bürkmann, MZ Rosslau)

Zettelkasten

Siegerehrung: Konzepte für Barrierefreiheit be- lohnt

Rosslau, Merseburg und Haldensleben sind die Sieger des landesweiten Wettbewerbs „Auf dem Weg zur barrierefreien Kommune“. Die Städte erhalten für ihre Konzepte für barrierefreie Stadtentwicklung bevorzugt Mittel aus dem Programm „Stadtumbau Ost“. Für Rosslau stehen 500 000 Euro zur Verfügung, für Merseburg 300 000 Euro und für Haldensleben 200 000 Euro. Darüber hinaus werden die Städte Halle, Magdeburg und Blankenburg mit einem so genannten Ankauf honoriert. Damit ist ein Fördermittelantrag von je 100 000 Euro verbunden.

Am Wettbewerb hatten sich elf Kommunen beteiligt – neben den genannten auch Dessau, Naumburg, Schönebeck, Zeitz, die Gemeinde Darlingerode (Landkreis Wernigerode) sowie Klötze.

SURFTIPP:

www.BhN-online.de

Interessantes Projekt: Behinderte helfen Nichtbehinderten (BhN). Die Zielgruppe des Vereins sind Nichtbehinderte, die Probleme im Umgang mit behinderten Menschen haben.

Vorgestellt

„Kinder? Nein, das kommt für mich nicht in Frage“, energisch schüttelt Nicole Stoib den Kopf, die dunklen Haare wirbeln um

itierte Initiative in diesem Jahr statt. Für Nicole Stoib die Gelegenheit, ein Plädoyer für einen möglichst ungezwungen Um-

dem Reifezeugnis zu verwirklichen, wäre sie auch von zu Hause fortgezogen, hatte sich schon Schulen in München und Köln angeschaut, „aber da waren die Internatsplätze belegt.“ Also suchte sie sich ein Schule in der Nähe aus, die mit dem Rollstuhl befahrbar ist. Und fühlt sich wohl in Jessen.

Keine Chance für die Scheu - Portrait einer bemerkenswerten jungen Frau

Stefanie Hommers

ihren Kopf, „aber wenn sie einen schönen Mann für mich wissen, hätte ich nichts dagegen.“ Die 19-Jährige hat es sich auf ihrem Bett bequem gemacht, ab und zu bittet sie ihren Vater, ihr die Kaffeetasse zu reichen. Der bricht angesichts dieser Bemerkung in schallendes Gelächter aus. „Typisch Nicole“, lautet sein knappes Urteil.

Mittelpunkt der Familie

Die Tochter ist der Mittelpunkt im Familienleben der Stoibs und das nicht nur weil sie ein Einzelkind ist. „Spinale Muskelatrophie“ lautet die Diagnose, als

die Eltern merken, dass ihre Tochter sich anders entwickelt als andere Kinder. Als die Erbkrankheit entdeckt wird, ist Nicole noch ein Säugling. „Aber eine Extrawurst wegen meiner Behinderung, das will ich auf keinen Fall,“ wehrt sich die junge Frau heute. Das hat sie auch in ihrer Rede auf dem Integrationstag in Wittenberg so formuliert. Zum sechsten Mal fand die von der Landesregierung in-

gang miteinander zu halten. „Ich versuche die gleichen Pflichten zu übernehmen, wie jeder andere auch. Alles andere wäre ungerecht.“

Schulbeginn in GB-Schule

Pflichten übernehmen, Alltag gestalten, Integration leben, das versucht die junge Frau seit langem. Ihr erstes Schuljahr brachte sie zwar in der Schule für geistig Behinderte in Holzdorf im Landkreis Wittenberg. Aber schon bald wechselte sie auf eine Regelschule in ihrem damaligen Heimatort Elster, ging weiter auf die Sekundarschule in Reinsdorf und steht jetzt kurz davor, am Gymnasium in Jessen ihr Abitur zu machen. Um den Wunsch nach

„Gemeinsamer Unterricht in einer Regelschule ist auch eine Chance für die nicht Behinderten“, formuliert sie selbstbewusst, „die verlieren doch ganz ungezwungen ihre Scheu im Umgang mit Menschen wie mir. Und ich habe auch gelernt, dass diese Scheu erst einmal was ganz Normales ist, größtenteils einfach aus Unwissenheit und Unkenntnis resultiert.“ Die Eltern sind im nachhinein ebenfalls vollkommen überzeugt von der, eher durch Zufall geprägten, Schullaufbahn der Tochter. „Das ist das Beste, was passieren konnte“, findet Frank Stoib.

Ideen muss man haben

So ganz ohne „Extrawurst“ ging das natürlich nicht immer ab, aber die Familie hat bisher immer eine Lösung für alle Probleme gefunden. Frank Stoib nennt als Beispiel die Abschlussfahrt in der zehnten Klasse. Mit dem Bus sollte es nach Italien gehen - ohne Nicole. Weil sie nicht so lange sitzen kann und der Busunternehmer aus versicherungstechnischen Gründen keine Möglichkeit

10



Inmitten von Büchern fühlt sich Nicole Stoib richtig wohl

Foto: Stefanie Hommers

www.kurzgeschichten.de

Homepage für Autoren, hier findet man auch lesenswerte Geschichten zum Thema Menschen mit Behinderung

Vorgestellt

sah, eine Liegefläche für den Transport zu schaffen. „Da sind wir einfach mit dem Rollstuhl im Gepäck zu ihm hingefahren, haben ihm alles gezeigt und mit ihm geredet“, berichtet der Vater. Am Ende hatte Nicole einen bequemen Liegeplatz auf der Rückbank, gesichert mit einem Netz. „Und die Bootsfahrt habe ich auch mitgemacht“, ergänzt sie lächelnd.

Leidenschaft Lyrik

Genauso tatkräftig geht die 19-Jährige ihren weiteren Lebensweg an: „Schließlich kann ich nie wissen, in welchem Tempo meine Krankheit fortschreitet; ich versuche einfach meine Zeit und meine Kraft zu nutzen.“ Journalistin oder Schriftstellerin lautet ihr Berufswunsch; bei einem Praktikum beim Behindertenverband hat sie ihre ersten Erfahrungen mit der schreibenden Zunft gesammelt und sich beim Deutschen Literaturinstitut in Leipzig beworben. In der Bewerbungsmappe: eine Sammlung von Gedichten, denn Lyrik ist ihre Leidenschaft. „Das spricht mein

Herz und meine Seele an“, sagt sie „und außerdem kann ich in kurzen, verschlüsselten Worten viel mehr unterbringen, als in einem ganzen Roman.“ In ihren Texten verarbeitet die junge Autorin alles, was sie gerade so beschäftigt; die Behinderung ist nur ein Thema von vielen. Ein Fernsehbeitrag oder auch eine Alltagsbeobachtung können der Auslöser sein, sich an den heimischen Computer mit dem Mikrofon zu setzen. Ein Programm, das Sprache in Schrift umwandelt, unterstützt sie bei ihrer Arbeit.

„Klar bin ich ehrgeizig“, bestätigt Nicole Stoib, sonst würde ich das doch gar nicht alles so angehen können.“ Energie, Offenheit und Humor nennen denn die Eltern auch als hervorstechende Eigenschaften der Tochter. Nur eines kann sie nicht so gut: Kritik vertragen. „Wenn jemand an mir rummäkelt, fällt es mir schwer, das zu akzeptieren“, gesteht Nicole Stoib. Eine Schwäche, mit der sie sich durchaus nicht von der Mehrheit ihrer Mitschüler unterscheiden dürfte.

Stichwort Integration

„Integration“ wird im Schulgesetz des Landes als Aufgabe allgemeiner Schulen festgeschrieben. Dennoch durchlaufen Behinderte und Nicht-Behinderte überwiegend getrennte Schullaufbahnen. Nur bei etwa einem Prozent liegt die Integrationsquote, das ist der Anteil jener Schüler und Schülerinnen mit sonderpädagogischen Förderbedarf in allgemeinen Schulen. Damit liegt das Land im Bundesvergleich an letzter Stelle.

In den vergangenen Jahren hat aber, sowohl im Grundschul-, als auch im Sekundarbereich, der Anteil der Bildungsanstalten zugenommen, die sich selbst als integrative Schulen definieren und gemeinsamen Unterricht praktisch gestalten. Zudem strebt das Land mit der Einrichtung von „Förderzentren“, innerhalb derer Sonderschulen regional mit allgemeinen Schulen kooperieren, die Unterstützung des gemeinsamen Unterrichtes an. Außerdem existiert an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

seit dem Wintersemester 2002/2003 ein drei Semester umfassender, berufsbegleitender Studiengang „Integrationspädagogik“. Dass das Interesse an einem „Dialog zwischen Regel- und Sonderpädagogik“ steigt, zeigt nicht zuletzt der gleichnamige, 1996 gegründete Arbeitskreis an der Martin-Luther-Universität. Die Mitglieder organisieren alljährlich den „Integrationstag Sachsen-Anhalt“. Die Veranstaltung am 15. November in der Wittenberger Leucorea war die sechste ihrer Art: in neun Gesprächsgruppen wurden Integrationskonzepte für Kindergärten, Schulen und den Bereich der Arbeitswelt diskutiert. Neben Pädagogen und Politikern berichteten Betroffene, wie die 19-jährige Wittenbergerin Nicole Stoib, die an spinaler Muskelatrophie leidet, über ihre Erfahrungen.

Getroffene Entscheidungen

Nicole Stoib

**Ich ging fort ohne den berühmten Blick zurück,
Bei dem alles klarer erscheint
Vielleicht hätte ich die Tränen in deinen Augen bemerkt,
Hätte ich es nur fertiggebracht, mich umzusehen
Doch meine Entscheidung stand
Auf wackligen Füßen zwar, aber sie stand
Und so ging ich hinaus in den Regen,
Der dein leises Wehklagen unhörbar machte
Irgendwie hatte ich das Gefühl,
Die fatalste Entscheidung meines Lebens
getroffen zu haben
Doch der Regen schluckte die Zweifel
Und meine Entscheidung stand - auf wackligen Füßen**

Ein gutes Gefühl, wieder zu arbeiten – Blinde Telefonistin erfolgreich integriert

BFW Halle (Saale). Sehbehinderten Menschen bleibt der Schritt ins Berufsleben oft verwehrt. Häufige Ursache dafür: zu wenig Information auf Seiten der Arbeitgeber. Dass Sehbehinderungen durch elektronische Hilfsmittel kompensiert werden können, ebenso wie durch den Gebrauch anderer Sinne, wissen viele nicht. Genauso wenig ist bekannt, dass Unternehmen, die Menschen mit Handicap einstellen, vom Staat umfangreiche Fördermittel dafür erhalten.

Ein Beispiel: Angela Fischer ist vollblind und seit März 2003 bei dem Hallenser Unternehmen 3 w phone, einem Anbieter für komplexe Kommunikationsdienstleistungen, beschäftigt. Nachdem die gelernte Telefonistin im vergangenen Jahr ihre Fortbildung zur Fachkraft für Telefonmarketing im Berufsförderungswerk Halle (BFW) abgeschlossen hatte, wurde sie zunächst in ein Probearbeitsverhältnis übernommen. Im Juni 2003 dann die unbefristete Einstellung.

Am Arbeitsplatz der 39-jährigen fallen einige Besonderheiten auf: Angela Fischer arbeitet u.a. mit einer Braillezeile, mit Hilfe derer sie die Informationen auf dem Bildschirm ihres PCs erkennen kann. Das elektronische Notizgerät, das Frau Fischer immer bei sich trägt, ermöglicht es ihr, Mitschriften anzufertigen, die – in den Computer eingegeben – auch für sehende Kollegen verwendbar sind. Angela Fischers Arbeitsplatz wurde ihren Bedürfnissen entsprechend individuell eingerichtet, die Kosten dafür übernimmt selbstverständlich der Träger der Rehabilitation.

„Viele Arbeitgeber sind der Meinung,

dass sehbehinderte Menschen nicht am PC tätig sein können. Im Gegenteil: Der Rechner ist das größte Hilfsmittel der Blinden“, stellt Integrationsberaterin Ingrid Schilling die Sachlage richtig und fügt hinzu: „Dank moderner Technik erledigen Sehbehinderte ebenso zuverlässig wie andere Arbeitnehmer ihre Aufgaben am Computer.“

Neben der professionellen Integrationsarbeit des Berufsförderungswerkes hat im Fall von Angela Fischer das große Engagement des Arbeitgebers wesentlich zum Erfolg beigetragen. Die 3 w phone-Geschäftsführung zeigte sich gegenüber den Problemen blinder Menschen sehr aufgeschlossen, so dass zwischen beiden Häusern eine intensive Zusammenarbeit entstand. „Wir konnten uns im BFW Halle von der Leistungsfähigkeit sehbehinderter Arbeitnehmer überzeugen“, betont Geschäftsführer Torsten Kamenz.

Angela Fischer ist glücklich: „Die Arbeit macht mir Spaß. Es ist ein gutes Gefühl, beruflich wieder aktiv zu sein.“

Mehr Informationen: Robert Bonan, 0345-1334302 oder www.bfw-halle.de



Für Blinde und Sehbehinderte ist die Arbeit am Computer heute so selbstverständlich möglich wie für andere Arbeitnehmer. Die blinde Angela Fischer freut sich über den neuen Job.

Foto: BFW Halle

12

Herausgeber:

Der Landesbehindertenbeirat, vertreten durch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen (v.i.S.d.P.)
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg
Tel.: **0391 567-6985/4564**
Fax: **0391 567-4052**
behindertenbeauftragter@ms.sachsen-anhalt.de

Redaktion:

Redaktionsausschuss des Landesbehindertenbeirates,
Silvia Dammer (verantw. Red.)
Tel.: **034920 65 007** Fax: **65 008**

Satz:

Dammer Verlag, Jahmo, Nr. 6
06895 Kropstädt

Druck:

FischerDruck
Coquistastraße 1, 39104 Magdeburg